



# DIE RICHTIGEN FRAGEN FINDEN

Thies Gundlach über die Bedeutung von Bekenntnissen

IN DIESER AUSGABE:

Beteiligungskultur  
in der Kirche

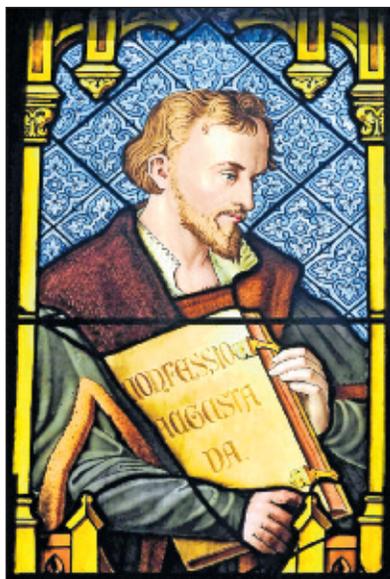
Union und Konstitution  
im bayerischen Rheinkreis

In diesem Sommer hatte ich zweimal Gelegenheit, andere Gottesdienste mitzuerleben. Beide Gottesdienste hatten ein modernes Glaubensbekenntnis statt des alten Credo eingefügt. Und es hat mich gestört, genervt, geärgert! Bin ich altmodisch geworden? Bin ich jetzt, wo ich die 60 überschritten habe, konservativer, traditioneller geworden, ‚nachgedunkelt‘, wie man vielleicht politisch sagen würde? Denn fairerweise muss auch ich zugeben: Sie kommen ja mitunter flott und frisch daher, sie treffen die Sprache unserer Tage und lassen in der Regel sperrige, unverständliche Aussagen weg. Das klingt dann etwa so: „Ich will glauben, dass Menschen besser sind, weil sie sich mehr kümmern um ihre Mitmenschen. Ich werde nicht glauben an Mauer, Grenze, Rassen, ich will glauben an freie Länder, offene Häuser, gastfreie Menschen in allen Farben des Regenbogens, ich werde nicht glauben an ein unglückliches Ende – alles verschmutzt und verbraucht. Ich will glauben an einen neuen Anfang, wo alles geheilt und gleich verteilt ist.“

Aber was sind gute geistliche Gründe für die Beibehaltung der vertrauten Bekenntnisse? Und warum sollten gerade Kirchenleitungen diese vertreten, verteidigen und vertiefen? Folgende Aspekte sind mir wichtig: Das Apostolische Glaubensbekenntnis ist sehr alt. Erste Ansätze gab es schon lange bevor das Christentum Weltgeltung erreichte. Damals waren die Christen eine kleine Sekte, die sich auf dem boomenden Markt der Religionen etablieren wollte. Und sie taten das damals so, wie wir das auch heute tun sollten: Durch eine Konzentration auf den Markenkern! Weil es viele Konkurrenten gab, musste man in Abgrenzung und Widerspruch sagen, was

das Eigene, Spezifische war. Bekenntnisse haben immer Gegner, die mit dem Bekenntnis abgewiesen werden.

Seit biblischen Zeiten sind die Grundbekenntnisse weithin gleich geblieben: Die Märtyrer der frühen Kirche sind dafür gestorben, die den Gotenstürmen ausgelieferten Christen haben unter diesen Flügeln Schutz gesucht. Die frisch getauften Könige des „Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation“ haben sich darauf verpflichtet lassen, und die tapferen Mönche im finsternen 9. Jahrhundert haben in ihnen den Auftrag zur Kulturbewahrung erkannt. Die brutalen Inquisitoren der frühen Neuzeit haben diese Worte (miss)gebraucht, und die kleinen Leute aller Jahrhunderte hatten sie sehnsüchtig und hoffnungsvoll im Herzen. Diese Worte haben Stolze und Eingebildete, Habgierige und Machthungrige ebenso gesprochen wie Ängstliche und Feige, Brutale und Gemeine.



Philipp Melancthon hält das Augsburger Bekenntnis. (Foto: epd)

Unzählige Menschen haben diese kleinen, wenige Zeilen umfassenden Worte inwendig und auswendig gelernt und mitgesprochen. Für mich heißt das: Bekenntnisse gehören nicht mir, nicht unserer Generation, nicht unserem Jahrhundert. Bekenntnisse gehören der unsichtbaren Kirche, obwohl Menschen sie formuliert haben. Wie kann man da auf die Idee kommen, wir könnten uns heute diese Bekenntnisse zurechtschneiden, damit sie leichter, mundgerechter, flüssiger von den Lippen gehen? In meinen Augen nehmen wir uns geistlich viel zu wichtig, wenn wir moderne Bekenntnisse produzieren.

Aber neben diesem geschichtlichen Argument gibt es noch ein theologisches Argument: Die Bekenntnisse sind nicht nur älter als ich, sondern auch größer als mein Glaube! Sie sind ein Hochgebirge des Glaubens. Mir kommen sie vor wie ein riesiges Dach, das ich mit meinen kleinen Glaubenskräften mitzutragen helfe. Ich muss aber nicht das Dach alleine tragen, und ich soll mir das Dach auch nicht zurechtzimmern auf die Größe einer Hundehütte, damit ich es alleine tragen kann. Die Bekenntnisse tragen viel weiter als mein eigener Glaube, sind viel höher als meine Vernunft, sind viel tiefer als mein intellektuelles Verständnis. Bekenntnisse sind in ihrer Fremdheit Signal der Geheimnisse Gottes. Ich muss nicht jeden dieser Glaubenssätze selbst ausfüllen, ich muss nicht jedes Detail als meinen eigenen Glauben verstehen. Wenn ich zu einer Aussage Zugang habe und auch nur bei einem einzigen Gedanken ausruhen kann, dann bin ich nahe herbeigetreten, dann hat Gottes Geist mich berührt und mich zum Mittragenden erwählt.

Es ist also gerade solch ein offenes, liberales Verständnis der Be-

kennnisse, das mich äußerst konservativ an alten Wortlauten hängen lässt und gegen neue Bekenntnisse prinzipiell skeptisch bleibt. Die alten Bekenntnisse sind in ihrer Fremdheit wunderbar vieldeutig! Was sich Herr Meier oder Frau Müller dabei denken, wird nicht normiert, nicht zensiert, nicht definiert. Wir versammeln uns unter dem Apostolicum, und jeder denkt sich das Seine.

Das ist der schwerste theologische Nachteil aller modernen Glaubensbekenntnisse: Sie versuchen viel zu eindeutig zu sein! Sie wollen alles besonders klar und verständlich und einleuchtend sagen, und gerade so werden sie unabsichtlich eng und autoritär. Eindeutiger Wortlaut verlangt Identifikation, Vieldeutigkeit erlaubt Partizipation!

Kirchenleitungen haben den Auftrag, die sichtbare Kirche zusammenzuhalten. Und jene liberale Hermeneutik angesichts bleibend alter Sprache zu verteidigen gegen alle penetranten Rationalisten und radikalen Fundamentalisten, aber auch gegen wissenschaftliche Destruktion und mangelnde Rekonstruktion. Kirchenleitende Erfahrungen lehren, dass aktualistische Bekenntnisse in aller Regel eine Kirche tief spalten, sodass man mit diesem Instrument behutsam umgehen muss und wissen sollte, was man tut. Bekenntnisse beheimaten nur, wenn man sie nicht eindeutig macht. Deshalb bleibe ich bei dem, was ich von Karl Barth gelernt habe: Bekenntnisse sind Antworten, zu denen wir die richtigen Fragen finden müssen.

➤ Thies Gundlach ist Vizepräsident des Kirchenamts der Evangelischen Kirche in Deutschland in Hannover. Er sprach bei der Tagung „Position beziehen. Was nützen Bekenntnisse?“ am 9. März 2018 in Landau.

## EDITORIAL

Beim Stichwort „Union“ werden die meisten nicht gleich an die Vereinigung der Lutheraner und Reformierten im bayerischen Rheinkreis denken, auch wenn wir gerade das 200. Jubiläum dieses Ereignisses gefeiert haben. Andere Unionen sind präsent: an erster Stelle die europäische – eine Union, die sich derzeit in einem besorgniserregenden Zustand befindet. Im Unterschied dazu hat sich die pfälzische Kirchenunion von 1818 als ausgesprochen stabil erwiesen. Niemand käme heute mehr auf die Idee, den Zusammenschluss von damals infrage zu stellen. Gibt es ein Erfolgsrezept?

„Mutig voranschreiten“ lautete das Motto der Kirchenunion von 1818. Der Blick richtete sich nach vorne. Das braucht auch Europa. Nach zwei Weltkriegen, Nationalsozialismus und Stalinismus war der Aufbau einer europäischen Friedensordnung unmittelbar einleuchtend. Dieses historische Argument ist nicht mehr ausreichend. Europa wird nur dann überzeugen, wenn gemeinsame Antworten auf Zukunftsfragen gefunden werden: Wohlstand und Sicherheit, Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, Globalisierung. Wenn Europa hier nicht mutig voranschreitet, wird es weiter an Kredit einbüßen.

„Nichts Wesentliches“, so meinten 1818 die pfälzischen Protestanten, stünde der Vereinigung der getrennten Konfessionen entgegen. Eine Konzentration auf das Wesentliche und die entsprechende Großzügigkeit sind charakteristisch für gelingende Unionen. Das stünde auch den europapolitischen Akteuren gut zu Gesicht.



Akademiendirektor Christoph Picker.

„Fest und brüderlich vereinigt“ wollten die Protestanten des Rheinkreises bleiben – und griffen dabei ein zentrales Motiv sowohl der christlichen Tradition als auch der Französischen Revolution auf. Europa hingegen hat diese Tugenden weithin noch nicht verinnerlicht.

Nicht zuletzt waren die pfälzischen Protestanten 1818 beseelt von einem mitreißenden Optimismus. Sie erhofften sich „die fröhliche Rückkehr eines neuen religiösen Lebens“. Von solchem Optimismus ist Europa weit entfernt. Er wird sich nur dann entwickeln können, wenn die Bürger des Kontinents den Eindruck gewinnen, dass sich die europäische Integration für sie lohnt – und dass sie tatsächlich zu einem Aufblühen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens führt.

Ihr

*Christoph Picker*

## HAUSMITTEILUNG

Digital erscheint die Evangelische Akademie der Pfalz in einem neuen Gewand: frisch, aktuell und übersichtlich. Unter [www.eapfalz.de](http://www.eapfalz.de) können Sie sich selbst ein Bild machen. Sie finden dort Neuigkeiten und Informationen zu uns, zu unseren Veranstaltungen und zu unseren Projekten.

Verabschiedet haben wir uns von Facebook – aus guten Gründen. Dafür können Sie uns jetzt auf Twitter folgen. Akademiendirektor Christoph Picker „zwitschert“ als @diskurspionier. Aktuelle Tweets beschäftigen sich mit der #friedenskonsultation der EKD und unter #friedensfreunde mit der Herbstakademie in Prag. Die Mitarbeiter der Jungen Akademie twittern als @DJA\_Ethik.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, E-Mail: [info@eapfalz.de](mailto:info@eapfalz.de), Direktor: Dr. Christoph Picker

**Redaktion:** Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck  
**Verlag:** Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44  
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

## IMAME IN DEUTSCHLAND

**Ende November startet die vierte Runde der Deutschen Islamkonferenz. Wieder lädt der Bundesinnenminister an den Runden Tisch, um über Fragen der Eingliederung des Islam zu diskutieren. An oberster Stelle steht die Imame-Ausbildung. Diese soll in Deutschland erfolgen. Doch wird damit die Unabhängigkeit von türkischen oder arabischen Interessen und die Ausprägung eines „deutschen Islam“ ermöglicht?**

Vermutet werden kann, dass die Grundsatzrede des Bundesinnenministers auf die Inkulturation der Muslime abzielt. Dabei wird unterschieden zwischen dem Islam als Religions- und Rechtssystem und den Gläubigen. Während letzteren die gesellschaftliche Integration zugetraut wird, bleibt die Politik dem religiösen Ordnungssystem gegenüber skeptisch.

Wenn von „deutschem Islam“ gesprochen wird, ist es nötig, die Assoziationen von den tatsächlichen Entwicklungen zu unterscheiden. „Deutsch“ im Blick auf die politischen Zielsetzungen gegenüber dem Islam bedeutet etwas anderes als in der Rhetorik von Rechtspopulisten. Während hier das Nationale im Sinne einer völkischen Identität ausgereizt wird, zielt es in der Rede von einem „deutschen Islam“ gerade auf den progressiven Pol deutscher Identität, auf Aufgeklärtheit, Offenheit und Demokratiebewusstsein. Die Bezeichnung „deutscher Islam“ impliziert eine Form der Religionsinterpretation, die sich fundamental von ihrer arabischen und türkischen Version absetzt. Hantiert wird mit Begriffen wie Liberalität, Progressivität und Geschlechtergleichheit. Zugleich werden diese dem Islam selbst abgesprochen. Was aber soll demnach die Konferenz erreichen? Ist es Ziel, die Muslime von ihrer Religion zu entfremden? Soll eine neue innerislamische Richtung mit Namen „deutscher Islam“ herausgebildet werden? Und wer zeichnet dafür verantwortlich? Die Politik?

Blickt man auf die Entwicklungen, die der Islam in Deutschland nimmt, so ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild. Auf der einen Seite sind die staatlichen Interessen einer Vereinheitlichung und religionsrechtlichen Anpassung erkennbar. Auf der anderen Seite überlagern sich divergierende islamische Auffassungen und bringen ein breites Spektrum teils mit Richtungskämpfen verbundenen Ausprägungen hervor. Konservativen und den Herkunftstraditionen verpflichteten Verbänden stehen islamische Institute an den Universitäten gegenüber, die mittels der Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung die herkunftsbezogene Volksreligiosität

ebenso wie den als sakrosankt präsentierten „Mainstream-Islam“ orthodoxer Provenienz hinterfragen. Gleichzeitig sitzen Funktionäre dieser Verbände in den Institutsbeiräten und verantworten das Programm mit.

Unterdessen suchen langjährige Verbandsaktive nach Wegen der inneren Reform der Verbände und einem Ausweg aus der Beeinflussung von außen. Andere treten aus den bisherigen Vereinigungen aus und gründen neue Organisationen wie die „Alhambra Gesellschaft“. Diese wollen den „innermuslimischen Gedankenaustausch und Meinungsstreit über Islam in Deutschland“ fördern. Mit der „Alhambra Gesellschaft“ soll der gelebte Islam eine Stimme finden, und diese ist deutsch.

Es ist abzusehen, dass auch mit der Imame-Ausbildung das gezeichnete multidynamische Bild kurzfristig keine Änderung erfahren wird. Neben dem universitären Studium wird es verbandsinterne Ausbildungsangebote geben, neben der wissenschaftlichen Qualifikation und der mit ihr erhofften liberalisierten Einstellung der einen Imame werden weiterhin auch andere Imame gerade aufgrund ihrer traditionellen Weltanschauung in den Moscheen eingestellt werden und wird sich die islamistische Denkart einer dritten Gruppe von Imamen erhalten. Die Heterogenität wird auch in Zukunft das Erscheinungsbild des Islam prägen. Eines der größten Hindernisse der Integration des Islam in die Gesellschaft stellen daher die parallelen Wahrnehmungswelten dar.

Auf der einen Seite werden beinahe täglich Angriffe auf islamische Einrichtungen und Muslime, insbesondere auf Frauen mit Kopftuch, verübt, und die Gesellschaft nimmt davon keine Notiz. Auf der anderen Seite wird jede Kritik als diskriminierend und islamfeindlich stilisiert. Der Weg ist steinig und steil. Es geht darum, die Gefühlswelt des anderen wahrzunehmen und sich ihr auszusetzen, auch wenn man sie nicht versteht. Doch nur dann kann das Vertrauen ineinander wachsen, um dann tatsächlich auf der gleichen Ebene miteinander diskutieren zu können, welcher Ort dem Islam in Deutschland zukommt, wie auch immer er dann attribuiert wird. *Georg Wenz*

**Die Heterogenität wird auch künftig das Erscheinungsbild des Islam in Deutschland prägen.**

**H**ans Martin Barth hat in seinem Buch „Einander Priester sein“ herausgearbeitet, dass der Gedanke des Priestertums aller Glaubenden eine der ekklesiologischen Neuentdeckungen der Reformation war, die aber zu ihrer Entstehungszeit nicht die Gelegenheit hatte, ihre kirchenbildende Kraft zu erweisen. Beim Priestertum aller Glaubenden geht es einerseits um die Würde des Einzelnen, für sich und seinen Glauben Verantwortung zu übernehmen, frei von jeglicher priesterlichen Bevormundung. Andererseits aber auch um die Verpflichtung, die eigenen Gaben in die Gemeinschaft einzubringen und diese mitzugestalten. Beteiligung, Partizipation ist demnach ein konstitutives Element christlicher Existenz.

Strukturell gibt es in der pfälzischen Landeskirche ein hohes Maß an Beteiligungsmöglichkeiten. Die synodal-presbyteriale Ordnung schafft eine Struktur, die sich von der Basis aus aufbaut; Entscheidungsmacht liegt nicht bei Einzelpersonen, sondern bei auf Zeit gewählten Gremien.

Trotz dieser strukturell guten Voraussetzungen steht es mit der Beteiligung nicht übermäßig gut. Viele Kirchengemeinden hatten bei der letzten Presbyteriumswahl große Schwierigkeiten, die erforderliche Zahl der Kandidaten zu finden. Hier nehme ich eine Scheu vor der Verantwortung wahr, die heute mit einem Amt in der Kirche verbunden ist. Menschen spüren, dass sie in dieser Funktion Entscheidungen treffen müssen, die möglicherweise Widerstände hervorrufen. Damit fühlen sich manche überfordert: die einen eher intellektuell, weil ihnen ein konzeptionelles Denken wenig vertraut ist; die anderen, weil sie eher harmonistisch veranlagt sind und nicht zur Zielscheibe von Kritik werden möchten.

Eine Umfrage in meinem Bekanntenkreis ergab, dass ein Engagement in der Kirche durchaus Attraktivität hat, dass der Umgang miteinander geschätzt wird, weil er sich oft wohltuend von dem Umgangston am Arbeitsplatz unterscheidet. Jedoch ist Zeitmangel ein wichtiger Grund, sich nicht intensiver zu engagieren. Auch das stark gestiegene Engagement in der Flüchtlingsarbeit zeigt, dass Kirche von vielen als ein guter Ort für soziales Engagement wahrgenommen wird.

Ein wichtiger Grund für mangelnde Partizipation liegt wohl darin, dass wir als Volkskirche lange Zeit das Modell einer Mitgliedschaft gepflegt haben, für das Beteiligung nicht unbedingt dazugehört. Die



Zentrum kirchlicher Beteiligungskultur: Die Synode als Gremium Hauptamtlicher und Ehrenamtlicher..

(Foto: view)

## MOTOR ODER HEMMSCHUH?

### Dekanin Barbara Kohlstruck über Kirche und Beteiligung

**In der Kirche wird über mehr Beteiligung nachgedacht. Für die ostdeutschen Landeskirchen wurde Ende der 1990er Jahre ein Papier erarbeitet, das der besonderen Situation der ostdeutschen Landeskirchen gerecht zu werden versuchte. Dort wird gesagt: „Unter Beteiligungskirche verstehen wir, dass eine Kirche zunehmend daran erkennbar wird, dass nicht einige wenige, sondern möglichst viele zu ihrer Arbeit beitragen.“**

Freiheit des einzelnen Kirchenmitgliedes, selbst zu bestimmen, wie intensiv es seine Mitgliedschaft lebt, hat ihren Preis. Ein hohes Maß an Verbindlichkeit, eine hohe Erwartung in Bezug auf Beteiligung wirken abschreckend. Die Großzahl der Kirchenmitglieder hat zur Kirche ein Verhältnis wie zu einem Servicebetrieb: Ich zahle Kirchensteuer, ich finde es auch gut, dass es diese Organisation gibt. Bei Bedarf, insbesondere für Kasualien, nehme ich sie auch in Anspruch – aber mehr will ich eigentlich nicht.

Aber auch bei denen, die sich engagieren, gibt es Schwellen, die nur schwer überschritten werden: Dass Ehrenamtliche das Recht der Verkündigung wahrnehmen und etwa selbst formulierte Andachten halten, ist selten. Möglicherweise hängt das mit einer Akademisierung der Theologie zusammen, der gegenüber sich sogenannte Laien immer unzulänglich fühlen. Um theologisch mitreden zu können, muss man Theologie studiert haben. Bevor ich dabei den Kürzeren ziehe, halte ich lieber den Mund und überlasse es den Spezialisten.

In einer Expertise aus der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wird festgestellt, dass es möglicherweise der hohe Anteil an Hauptamtlichkeit ist, der eine gute Kultur

der Mitsprache und Mitentscheidung erschwert – vor allem aufgrund des Informationsvorsprungs der Hauptamtlichen. Dies führt zur Frage: Wollen Hauptamtliche wirklich die Beteiligung von Ehrenamtlichen oder wäre es nicht viel einfacher, die Dinge weitgehend allein entscheiden zu können?

Möglicherweise ist der Rückgang von Hauptamtlichen, den wir in der Kirche in Zukunft zu erwarten haben, also auch eine Chance: Wenn die Dominanz von Hauptamtlichen sich reduziert, entsteht vielleicht eine Situation, in der es Ehrenamtlichen leichter fällt, in die Verantwortung zu gehen. Aufgrund zurückgehender Kirchenmitgliedszahlen und damit verbunden der Rückgang auch der finanziellen Mittel für Hauptamtlichkeit, werden die Kirchen in Zukunft stärker von ihren Mitgliedern getragen werden müssen. Nicht als kostensparender Ersatz für Hauptamtliche, sondern im Sinne der Nutzung aller vorhandenen Gaben werden sich Gemeindemitglieder einbringen müssen. Dabei bedarf es einer echten Wertschätzung der Gaben der anderen, auch der theologischen Fähigkeiten der Laien.

Ist Beteiligung in der Kirche „Motor oder Hemmschuh“?

Die Bilder „Motor“ und „Hemmschuh“ kommen aus dem Bereich der Mobilität. Mit einem Hemmschuh wird die Geschwindigkeit eines Fahrzeugs abgebremst, ein Motor ist ein Instrument, um Fahrt aufzunehmen. Dabei geht es um Geschwin-

digkeit und Effizienz. Aber sind das die entscheidenden Kriterien? Geht es nicht in erster Linie darum, gute Entscheidungen zu treffen, die von möglichst vielen mitgetragen werden? Beteiligung von vielen im Sinne einer Bottom-up-Strategie dauert immer länger als eine Top-down-Entscheidung. Aber die Akzeptanz ist höher.

Dazu ein Beispiel aus Ludwigs-hafen: Dort gab es 2011 die Fusion von drei Gemeinden, die in einer schnellen Entscheidung der Presbyterien vollzogen wurde. Die Angelegenheit war nicht gut kommuniziert, rief große Widerstände hervor und hat die Arbeit in der Kirchengemeinde über Jahre stark beeinträchtigt. 2016 gab es eine Fusion von drei weiteren Kirchengemeinden, die aus den Erfahrungen der anderen gelernt hatten und sich über drei Jahre Zeit genommen hatten, diese Fusion in einem partizipativ angelegten Prozess vorzubereiten. In meinen Augen eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass das Ganze ziemlich geräuschlos über die Bühne gehen konnte. Die Frage der Zukunft wird sein, wie wir Lust auf Partizipation machen und Beteiligung als einen Wesenszug unseres protestantischen Christseins und Kircheseins plausibel machen können.

➤ Vortrag bei der gemeinsamen Tagung der Evangelischen Akademie und des Vereins für pfälzische Kirchengeschichte am 20. Januar 2018 zum Thema „Beteiligungskultur“.

**Der zukünftige Rückgang der Hauptamtlichen kann eine Chance für die Kirche sein.**

Während um 1800 das kirchlich-religiöse Leben noch vergleichsweise „konventionell und verflacht“ gewesen war, änderte sich um 1815 die Lage wesentlich. Die einsetzende Wendung zur Religion konnte freilich in zwei Richtungen zeigen: zum einen „in einem metapolitischen Sinne konservativ“, das heißt restaurativ, unmittelbar politisch als Bündnis von „Thron und Altar“, zum anderen in Richtung auf „Reform und Erneuerung, Liberalismus und Modernisierung“. Die pfälzische Unionskirche zählte zweifelsohne zur zweiten, liberalen und modernen Richtung.

Der Weg zur sogenannten „Konsensunion“ begann mit dem Herausziehen des dritten Säkularfestes der Reformation 1817. Längerfristige Planungen und umfangreiche Feierlichkeiten zu diesem Reformationsjubiläum fanden nicht nur in Preußen und den mitteldeutschen Staaten statt. Auch in Bayern gab es bereits 1816 Vorschläge zur Gestaltung des Fests; dabei machte man gesamtstaatliche Vorgaben, auch um bei den Katholiken keinen Anstoß zu erregen.

Erste pragmatische Schritte zur Realisierung der Union waren bereits in der Woche vor dem Reformationsfest unternommen worden: Zunächst am 23. Oktober 1817 in Speyer, wo die Lutheraner und Reformierten die Gelegenheit der Säkularfeier nutzen wollten, „in Eine Evangelisch-christliche Kirche vereinigt zu werden“ und eine dementsprechende Bitte an das Generalkonsistorium richteten. Einen tatsächlichen Zusammenschluss vollzogen Lutheraner und Reformierte in Landau am 30. Oktober. Zu diesem Zeitpunkt waren alle Pfarrstellen in Landau vakant, also beschlossen die Laien die Union. Sie reklamierten die Beibehaltung ihrer bisherigen „Rechte, Freiheiten und Gerechtsame“, beanspruchten ihre „Prediger und Lehrer (auf) Geist und Sinn des Evangeliums“ zu verpflichten und wünschten eine Ergänzung der Pfarrbesoldung aus staatlichen Mitteln.

Bis Jahresende 1817 wurden an einem Dutzend Orte des Rheinkreises Lokalunionen geschlossen oder beantragt, bis Februar 1818 kamen nochmals so viele dazu. Am 7. November 1817 informierten die Konsistorialräte Schultz und Weyer die Kreisregierung über diese Vorgänge. Den Wünschen aus den Gemeinden nach Synodalversammlungen gegenüber waren sie skeptisch, der Unionsbewegung selbst wollten sie sich aber nicht in den Weg stellen. Wie weitere Berichte der folgenden Wochen zeigen, begann das Speyerer

Generalkonsistorium Übersicht und Kontrolle zu verlieren. Deshalb wandte man sich am 19. November nach München, „um das ganze zweckmäßig zu leiten (und) auch um jede schädliche Abweichung vom rechten Wege zu verhüten“.

Am 10. Januar 1818 erließ daraufhin König Max I. Joseph auf der Grundlage des Berichts aus dem Rheinkreis ein Reskript, in dem er eine allgemeine, in der gesamten Pfalz durchzuführende „Umfrage“ anordnete. Von vornherein gab Max Joseph zu erkennen, dass weder von seiner Seite als Monarch noch vonseiten des Staats Vorgaben gemacht würden. Er legte ausdrücklich fest, „diese Sache (sei) lediglich der eigenen Ueberzeugung und dem freien Entschlusse der einzelnen Kirchen-Gemeinden zu überlassen“. Deshalb dürften „weder die Königliche Regierung noch das Con-

sistorium zu Speyer ... auf irgend eine Weise befehlend oder überredend einschreiten“. Das Reskript skizzierte auch das Procedere der „Umfrage“ und stellte für den Fall, dass „die Mehrheit der Protestanten zu einer solchen Vereinigung geneigt wäre“, die Einberufung einer Generalsynode in Aussicht.

Dieses Schreiben aus München verfolgte ein ganz anderes Konzept als der sogenannte Unionsaufruf des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. vom 27. September 1817, der bereits in seinem Titel als „Allerhöchste Cabinets-Ordre“, also Anweisung, auftritt. Der preußische König sah sich selbst als Impulsgeber und ergriff Partei, der bayerische König dagegen griff eine Gemeindebewegung auf und wahrte Neutralität. Ein Rundschreiben des Speyerer Konsistoriums vom 2. Februar 1818 an die Distrikts-Inspektoren setzte die Abstimmung unter den Protestanten des Rheinkreises in Gang. Mit Verweis auf Unionen in benachbarten Ländern stellte man fest, dass „gerade diejenigen Vereinigungs-Urkunden mit lautem und ungetheiltem Beifall aufgenommen wurden, welche nicht von der Geistlichkeit allein, sondern auch zugleich von den christlichen Gemeinden selbst aus freiem Antriebe und herzlicher Überzeugung ausgegangen waren“. Man erwartete ein für das zeitgenössische konstitutionelle System charakteristisches Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft: Darin würde sich diese Fundamentalentscheidung legitimieren.

Es folgte die Abstimmung in den Gemeinden. Am ersten Sonntag nach Empfang der Ausschreibung sollten die Pfarrer das Reskript des Königs und die

Anders als der preußische König griff der bayerische eine Gemeindebewegung auf und wahrte Neutralität.



Symbolträchtig: Der Unionszug von der lutherischen zur reformierten Kirche in Kaiserslautern zum Abschluss der Synode.

(Foto: Archiv)

## AUFKLÄRERISCHE KOMBINATION VON EVANGELIUM UND GEWISSEN

### Union und Konstitution gingen im bayerischen Rheinkreis Hand in Hand

„Am Anfang war Napoleon.“ – Mit diesem Satz, der unter Historikern zu einem geflügelten Wort geworden ist, begann Thomas Nipperdey seine Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts. Er brachte damit zum Ausdruck, dass der Impuls, den die napoleonischen Kriege und dessen Politik in Gestalt der großen Reformen setzten, das Leben der Deutschen und ihre Erfahrungen nachhaltig prägte. Die Reformzeit erstreckte sich in den süddeutschen Staaten bis

Ausführungen des Konsistoriums „der versammelten Gemeinde“ vorlesen. Am darauffolgenden Sonntag sollte die „vollkommene freie und zwanglose Erklärung“ der Abstimmenden, „nach Maßgabe des beigelegten Formulars“, stattfinden.

Das Ergebnis der Abstimmung ist bekannt: 40 167 Stimmen dafür, das entspricht einem Anteil von 98,7 Prozent, und 539 oder 1,3 Prozent Stimmen dagegen. Allerdings muss man bei der Bewertung dieser Abstimmung die Zeitumstände berücksichtigen. Bis zu

diesem Zeitpunkt hatte es in Deutschland überhaupt noch keine Abstimmung in dieser Größenordnung gegeben. Die ersten Wahlen fanden in den Folgemonaten in den konstitutionellen süddeutschen Staaten Baden und Bayern statt. Und dort gab es in den Anfangsjahren des politischen Lebens ein ausgeprägtes Zensuswahlrecht. In Bayern etwa war wahlberechtigt, wer die Kriterien Gemeindebürgerrecht und Selbstständigkeit erfüllte, wobei Selbstständigkeit durch Grundbesitz und Steuerleistung erfüllt werden konnte.

über den Untergang Napoleons hinaus und erreichte etwa in Bayern, zu dem die Pfalz seit 1816 gehörte, ihren Abschluss in der Verfassung von 1818. Noch immer waren in Deutschland Religion und Kirche eine das Dasein, das Bewusstsein und Verhalten des Menschen bestimmende Selbstverständlichkeit und Macht. Der Landauer Historiker Erich Schunk erklärt in seinem Referat, wie in dieser Zeit in der Pfalz eine Kirchenunion durchgeführt werden konnte.

Im bayerischen Rheinkreis wurden 1818 aufgrund der gesellschaftlichen Egalisierung der Franzosenzeit „noch alle wirklichen Gemeindebürger“ zugelassen, also ein viel weiterer Kreis als im rechtsrheinischen Bayern. Bei diesen Wahlberechtigten hatten die Verfassungsgeber allerdings nicht Individuen im Blick, sondern Familienvorstände. Man ging davon aus, dass ein Familienvorstand für etwa 4,5 Personen stand. Das würde für die Unionsabstimmung eine Zahl von etwa 180 000 bedeuten, die sich dafür aussprachen; bezogen auf

die Gesamtzahl von 240 000 Protestanten wären das etwa drei Viertel.

Am 15. Mai 1818 berichtete das Konsistorium Speyer nach München über das Ergebnis der Abstimmung und machte Vorschläge über das weitere Vorgehen, vor allem, was die von Max Joseph im Januar avisierte Generalsynode betraf. Die Synode fand vom 2. bis 16. August in Kaiserslautern statt. Nach der einstimmigen Genehmigung der Vereinigungsurkunde am 16. August informierte das Konsistorium in Speyer unverzüglich Max Joseph „über

den Inhalt der Vereinigungs-Urkunde“, und bereits am 10. Oktober 1818 kam die „erbetene landesherrliche Bestätigung“ – mit teilweise erheblichen Änderungswünschen, die das Münchner Generalkonsistorium anfügte. Nichtsdestotrotz feierten die Protestanten überall im Rheinkreis am ersten Adventssonntag 1818 ihr Vereinigungsfest. Differenzen mit München, die Details betrafen, wurden schnell behoben, und in den 1820er Jahren wurden auch die offenen Fragen zu Katechismus und Gesangbuch geklärt. Zur Dauerfehde – die vielleicht auch heute noch nicht ganz abgeebbt ist – wurden die Auseinandersetzungen um den Paragraphen 3 der Vereinigungsurkunde und die Frage der Anerkennung reformatorischer Bekenntnisschriften.

Die Möglichkeit, „immerfort auf der Bahn wohlgeprüfter Wahrheit und echt-religiöser Aufklärung, mit ungestörter Glaubensfreiheit, mutig voranzuschreiten“, wie es die Präambel der Unionsurkunde festhielt, ergab sich aus der radikalen Weglassung all dessen, was in der Vergangenheit zu Erstarrung und Streit geführt hatte. Es waren Konzentration und Zuspitzung der religiösen Überzeugung auf Neues Testament und Gewissen. Der dann als Paragraph 3 der Vereinigungsurkunde höchst umstrittene und berühmte Beschluss lautete: „Die also vereinigte protestantisch-evangelisch-christliche Kirche erkennt außer dem neuen Testamente nichts Anderes für eine Norm ihres Glaubens. Sie erklärt ferner, daß alle bisher bei den protestantisch-christlichen Confessionen bestandene, oder von ihnen dafür gehaltene symbolische Bücher völlig abgeschafft seyn sollen; daß endlich die Kirchenagende und andere Religionsbücher, wenn sie die jetzigen Grundsätze der vereinigten protestantischen Kirche aussprechen, der Nachwelt nicht zur unabänderlichen Norm des Glaubens dienen und die Gewissensfreiheit einzelner evangelisch-protestantischer Christen nicht beschränken sollen.“

Doch woher kam die Idee zu einer solchen Formulierung? Die Proposition des Konsistoriums vom 20. Juli sprach davon, der Kirchenvereinigung solle „die heilige Schrift, das Evangelium in ihren klaren und deutlichen Aussprüchen, so wie deren Sinn der gesunden Vernunft erscheint“, zugrunde gelegt werden. Auch der Bericht des Konsistoriums vom 15. Mai aus der Feder Butenschosens hatte als Grundlage angegeben: „die heilige Schrift, das Evangelium, in ihren klaren und deutlichen Aussprüchen, so wie deren Sinn der gesun-

den Vernunft erscheint“. Dann kam ein wichtiger Zusatz, der später wieder fallen gelassen wurde: „Diese Vereinigung soll eben so wenig ein Anlass seyn das gemeinschaftliche GlaubensBekentniß verbessern zu wollen, welches zu einer neuen Spaltung führen dürfte.“ Also eine ausdrückliche Warnung vor einem wie auch immer gearteten neuen Bekenntnis!

Das Ausschreiben des Speyerer Konsistoriums vom 2. Februar für die allgemeine Abstimmung formulierte in dieser Sache keine eigenen Vorstellungen und übernahm aus dem Reskript des Königs einen merkwürdigen Hinweis hinsichtlich des gewünschten Charakters der Union. Neben den bereits geschlossenen Lokalunionen waren es die „Grundsätze, welche unter andern von den Synoden in Saarbrücken und Ottweiler eben so einfach als tief-wirkend aufgestellt worden sind (und) gleichfalls in Herz und Gesinnungen der protestantischen Rheinbaiern lagen“. Schon im November 1817 hatte das Generalkonsistorium „hinsichtlich des Abendmahls und des Mustergebets (auf) das Beispiel der vereinten christlich-evangelischen Gemeinde zu Saarbrücken und Kreuznach“ verwiesen.

Die lutherischen und reformierten Geistlichen der Saarbrücker und Ottweilerer Synode hatten bei ihrer Vereinigung beschlossen: „Beide stützen ihre Lehren auf das reine Evangelium Jesu und kennen außer diesem, ihrem Gewissen und dem freien Vernunftgebrauch, keine andern Quellen ihres Glaubens, ihrer Liebe und Hoffnung.“ Hier liegt zum ersten Mal im Vorfeld der pfälzischen Kirchenunion mit einer gewissen Formelhaftigkeit jene aufklärerisch angereicherte Kombination von Evangelium und Gewissen vor, die dann auch in der Unionsurkunde zu finden ist. In Anbetracht des damals bevorstehenden Reformationsjubiläums fällt dann die Assoziation zu Luthers „gefangen im gewissen an dem wort gottes“ in Worms nicht schwer. Vor diesem Hintergrund ermöglichte, kanalisierte und begleitete der bayerische Staat, der zur selben Zeit Verfassungsstaat wurde, die Unionsgründung im Rheinkreis. Union und Konstitution waren Zwillingsgestalten – auf eine spezifisch pfälzisch-bayerische Weise.

➤ Redaktionelle Kurzfassung eines Vortrags auf der gemeinsamen Tagung der Evangelischen Akademie und des Vereins für pfälzische Kirchengeschichte am 19. Januar 2018 zum Thema „Beteiligungskultur“.

Neben den Lokalunionen waren die Grundsätze der Synoden in Saarbrücken und Ottweiler entscheidend.

# BALD KOMMT DIE APOKALYPSE

## Künstlicher Intelligenz fehlt nur noch der Heilige Geist

„Mensch oder Maschine: Wer programmiert wen?“ Dieser Frage ging der 5. Evangelische Medienkongress am 16. und 17. Oktober in München nach. Volker Jung, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, sah sich nach der Eröffnung mit der Frage konfrontiert, ob er einen Computer taufen würde. Er verneinte, weil ein Computer kein Bewusstsein habe. Anders als bei den Antworten in der Diskussion, die auf die Referate folgte, machte die Kirche eine einheitliche Figur – leider keine gute. Wie konnte es dazu kommen?



Anlass für Protest: Einsatz eines Segensroboters beim Gottesdienst in der Hamburger Hauptkirche St. Nikolai.

(Foto: cpd)

Die Absicht der Organisatoren, bei der Zusammenstellung des Podiums ein aktuelles Thema aus unterschiedlicher Perspektive zu beleuchten, war deutlich zu erkennen. Neben Jung eröffneten der bekannte Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar sowie Jürgen Schmidhuber, KI-Pionier und Professor an der Universität Lugano, den Medienkongress mit Impulsvorträgen. Jung sollte neben den fortschrittsbegeisterten Yogeshwar und Schmidhuber offenkundig für eine theologische und ethische Erdung der Diskussion sorgen. Aber nicht nur Jung, sondern alle anwesenden Vertreter der evangelischen Kirche hissten vor den entfaltenen Technologie-Utopien die weiße Flagge unerwartet schnell.

In seinem Vortrag zeichnete Ranga Yogeshwar die wichtigsten Entwicklungsbereiche der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz (KI) nach, von Tumorerkennung und autonom fahrenden Autos bis hin zum sich selbst im Leseprozess verändernden, personalisierten Roman. Als Credo zog sich dabei die Aufforderung durch seine Ausführungen, dass wir lernen müssen, Bekanntes loszulassen und neue Technologien und sich durch sie wandelnde Lebensumstände mit Neugier und Leidenschaft anzunehmen. Beispielhaft zog Yogeshwar für diese vermeintlich dringliche Verhaltensumstellung das abendliche Fernsehprogramm heran: Es gebe zu viele Sendungen über unerhebliche Themen wie den jüngsten bayerischen Wahlkampf,

während wichtigere Angelegenheiten wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz fast nie zur Primetime behandelt würden.

Im Zusammenspiel mit den folgenden Beiträgen von Jürgen Schmidhuber und der sich anschließenden Diskussion ergab sich bereits nach dem ersten Impulsvortrag ein irritierendes Fazit: Unsere gegenwärtigen Probleme und Vorstellungen sind eigentlich langweilig, weil sie viel zu klein und nicht visionär genug gedacht sind. Interessant und relevant ist im Grunde nur die Zukunft, vor allem globale, evolutionshistorische Entwicklungen. Welche Konsequenzen eine solche Weltsicht, die den einzelnen Menschen beiläufig für unwesentlich erklärt, etwa für Seelsorge hätte, wurde leider nicht thematisiert.

Yogeshwars These durchzog auch Schmidhubers Vortrag, der für seine Argumentation gleich die gesamte Evolutionsgeschichte heranzog. Der KI-Forscher, über den die „New York Times“ 2016 mutmaßte, dass die erste ausgewachsene Künstliche Intelligenz ihn mit „Papa“ ansprechen würde, übertrug das Moore'sche Gesetz auf die Entstehung der Welt. Gordon Moore, Mitgründer von Intel, stellte 1965 eine Formel zur Entwicklung von Computern auf, nach der sich die Komplexität integrierter Schaltkreise mit minimalen Komponentenkosten regelmäßig verdoppelt. Tatsächlich kann bis heute damit relativ exakt die Weiterentwicklung von Compu-

terchips vorhergesagt werden. Für Schmidhuber lässt sich mithilfe der gleichen Berechnung auch die Genese dieses Planeten nachvollziehen, wenn man entscheidende Wendepunkte wie die Entstehung erster Lebensformen oder den Bau erster menschlicher Siedlungen heranzieht.

Richtet man den Blick mithilfe der Formel jedoch nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft, entsteht in weniger als 20 Jahren die erste künstliche Intelligenz, die der menschlichen in jeglicher Hinsicht überlegen ist. Ebenso leicht lasse sich mit dieser Methode ausrechnen, wann die sich fortan selbst erweiternde und reproduzierende KI das gesamte Universum nach ihrem Gusto umstrukturiert hat.

Ein weiteres Ergebnis folgt aus Schmidhubers Geschichtsbetrachtung: Natürlich bedeute diese Entwicklung, dass der Mensch in wenigen Jahrzehnten von intelligenten Maschinen als Krone der Schöpfung abgelöst werde. Wem dieses Szenario auf den ersten Blick unheimlich erscheint, dem versichert Schmidhuber: „Alles wird wunderbar.“

Diese Beteuerung schien die anwesenden Kirchenvertreter zumindest kurzfristig zu beruhigen, denn die im wahrsten Sinne kosmischen Analogien ließen nicht nur das Gegenwartsgeschehen und die unmittelbare Zukunft verblassen, sondern hebelten auch den einzigen Kritikversuch durch Kirchenpräsident Jung aus. Denn Jungs Einwand, dass KI nicht getauft werden könne, weil sie

kein Bewusstsein habe, ließ Schmidhuber nicht gelten. Und tatsächlich konnte der KI-Forscher leicht demonstrieren, dass bereits heute beide genannten Kriterien für ein Bewusstsein – Selbstwahrnehmung sowie die Frage nach Sinn – von künstlichen Intelligenzen in Teilen erfüllt werden. Dem hatten weder Jung noch der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm etwas entgegenzusetzen, mit einer Ausnahme: Vielleicht fehle künstlicher Intelligenz schlussendlich der Heilige Geist.

Während auch die wenigen Rückfragen aus dem Publikum eher die kircheneigene Sprachlosigkeit gegenüber einem solchen Zukunftsszenario zum Ausdruck brachten, entstand der fatale Eindruck, dass die Vertreter der Landeskirchen und der EKD die Ausführungen Yogeshwars und Schmidhubers als Fakten hinnahmen. Dabei hätten die Kirchenvertreter an mehreren Stellen deutlich Kritik üben können und müssen. Schmidhubers schräger Vergleich, dass auch bei der Entdeckung des Feuers keine Ethikkommission einberufen wurde zur Frage des weiteren Gebrauchs von Feuer, sollte Theologen nicht davon abbringen, die wissenschaftliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung zu KI zu suchen und zu fordern.

Ebenso kann Schmidhubers deterministisches Welt- und Menschenbild kaum in Einklang gebracht werden mit christlichen Vorstellungen von Freiheit und Entscheidungsfähigkeit des Menschen. Gleichzeitig setzt der gewählte Fokus auf KI in einer „Mensch oder Maschine?“-Diskussion Menschsein mit Intelligenz gleich, was Volker Jung nur um den Begriff Bewusstsein ergänzte. Aber unterscheiden uns nicht auch Kreativität, Emotionen, Körperlichkeit, Kultur, Spiritualität und unsere Wahrnehmungsformen von Maschinen in einer Form, die nicht künstlich zu reproduzieren ist?

Und schließlich überrascht es besonders, dass in einem Raum voller Theologen niemand die Parallele zwischen den KI-Visionären Yogeshwar und Schmidhuber zu biblischen Apokalyptikern wie denen der Johannesoffenbarung zog. Denn die Erzählungen ähneln sich verblüffend: Das Ende dieser Welt naht in wenigen Jahren. Eine kleine Schar Eingeweihter verfügt bereits jetzt über das Wissen um die kommende Welt, dem Rest der Menschheit ist diese Erkenntnis noch verborgen.

Dennoch sollten Protestanten nicht in Panik verfallen: Mit Naherwartungen vom Ende der Zeiten hat das Christentum bereits vor fast 2000 Jahren ganz eigene Erfahrungen gemacht. Vielleicht dauert die Ablösung der Menschheit ja ebenso lang, wenn die Kirche es in nächster Zeit schafft, ihre Argumente zu schärfen. *Felix Kirschbacher*

# PARADOXIESENSIBEL

## Volker Hörner im Gespräch über Akademie und Theologie

**Am 21. August dieses Jahres wurde Volker Hörner, der frühere Direktor der Evangelischen Akademie der Pfalz, 70 Jahre alt. Er leitete die Akademie von 1995 bis 2008. Es waren 13 Jahre, in denen die Evangelische Akademie völlig neu ausgerichtet wurde: weg von Tagungen mit vielen prominenten Referenten, hin zu Kooperationen mit Universitäten und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen. Hörner gelang es auch, Konzepte zu entwickeln, die der Akademie durch Zuschüsse von außen eine große finanzielle Unabhängigkeit ermöglichten.**

Zweifelsohne gehört Volker Hörner zum Kreis derjenigen Personen, die den Weg der Evangelischen Kirche der Pfalz in den vergangenen vier Jahrzehnten mitgeprägt haben. Die meisten aus der älteren Pfarrergeneration kennen ihn noch als Dozenten am Predigerseminar, wo er von 1978 bis 1995 wirkte, zuletzt als dessen Leiter. In dieser Zeit war er auch Sprecher der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft (KTA), einer kirchenpolitischen Gruppierung, die einen erheblichen Einfluss auf Entscheidungen der Landessynode ausübte.

Bei einem Treffen in seinem Haus in Landau, wo er mit seiner Frau Beate lebt, kommen wir auch auf die KTA zu sprechen, und von dort führt der Weg natürlich zur Theologie. Hörner verneint, dass die früheren Mitglieder der KTA alle Anhänger des Theologen Karl Barth gewesen seien, was immer wieder unterstellt werde.

Er selbst habe die KTA als eine Gruppierung erlebt, in der leidenschaftlich theologisch diskutiert und bisweilen hart um die Wahrheit gestritten wurde. Das sei etwas, was in den heutigen Auseinandersetzungen weitgehend fehle. Viele groß angelegte kirchliche Events machten den Eindruck einer organisierten Irrelevanz, so Hörner mit der ihm eigenen



Volker Hörner. (Foto: pv)

Fähigkeit zu originellen Sprachschöpfungen.

Eigentlich sei die Aufgabe, die die Kirche an der Gesellschaft habe, ganz einfach, so Hörner. „Es geht darum zu sagen, warum Jesus von Nazareth der Christus ist. Das ist die Frage nach dem menschlichen Antlitz des unsichtbaren Gottes.“ Daraus, so Hörner, ergebe sich alles Weitere. Diese einfache Frage sei auch leitend gewesen für seine Akademiearbeit. Dabei sei es nicht um Vermittlungsarbeit gegangen, sondern um Klärungsarbeit. „Mir ging es nie darum zu fragen, was ich anderen in die Köpfe bringen will, son-

dern wie man ein Problem gemeinsam beschreiben kann“, fasst Hörner seinen Ansatz zusammen.

Von diesem Ansatz her sei es ihm immer um das dialogische Potenzial in der Auseinandersetzung um die Wahrheit gegangen. Nur wenn man auf das Wahrheitsmoment des anderen achtet, könne man selbst etwas lernen, so Hörner. Für seine Arbeit in der Akademie habe das bedeutet, dass er sich auf einige wenige damals aktuelle Themenkreise beschränkte, diese aber sehr intensiv bearbeitete. Wichtig sei ihm Mitte der 1990er Jahre der Bereich der Medizin- und Bioethik erschienen. Deshalb habe er die Kooperation mit dem Krebsforschungszentrum in Heidelberg gesucht; aus dieser Zusammenarbeit sei die „Junge Akademie“ hervorgegangen. Weiterhin habe er die Notwendigkeit zur Auseinandersetzung mit Fragen der Wirtschaftsethik erkannt und begonnen, mit Universitäten zu kooperieren. Dadurch, so Hörner, habe die Akademie Anträge bei Stiftungen stellen können, was zusätzliche finanzielle Mittel für Projekte eingebracht habe.

Dieser dialogische Ansatz habe es als logisch erscheinen lassen, auch den landeskirchlichen Beauftragten für Islamfragen in die Akademie einzubinden. Als weiteres Themenfeld habe er den Bereich Kunst

und Kultur profiliert, was ihn zur Kooperation mit dem Ernst-Bloch-Zentrum in Ludwigshafen geführt habe, so Hörner.

Volker Hörner ist nicht nur ein dialektischer Denker, sondern hat auch ein gehöriges Maß an Sensibilität für Paradoxien. Nirgendwo im Gespräch mit ihm merkt man das deutlicher als beim Thema „Linksrheinisch-ostelbischer Club“. Die Anfänge dieses Unternehmens reichen zurück in seine Zeit vor der Akademie und begründen sich aus seiner Freundschaft mit dem ehemaligen DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer.

Hörner und Schorlemmer lernten sich 1978 in Ostberlin bei einem gesamtdeutschen Treffen von Mitarbeitern in Predigerseminaren kennen. 1991 wechselte Schorlemmer vom Predigerseminar in Wittenberg zur ebenfalls dort ansässigen Evangelischen Akademie, wenig später begannen Hörner und Schorlemmer im nun wiedervereinigten Deutschland mit jährlich stattfindenden Begegnungstreffen. Man habe sich abwechselnd in Wittenberg und in der Pfalz getroffen, Leitmotiv war die Frage: „Haben wir uns richtig missverstanden?“

Die damals entstandenen Kontakte rissen auch in der Zeit seines Ruhestands nie ab, erklärt Hörner. Nach wie vor seien er und seine Frau Friedrich Schorlemmer freundschaftlich verbunden, und immer noch komme jedes Jahr eine Gruppe von ehemaligen Mitgliedern der „Jungen Gemeinde“ aus Wittenberg zu Besuch nach Landau. Angesprochen auf die Erkenntnisse aus diesen Begegnungen wird Hörner ein weiteres Mal paradoxiesensibel: „Je besser wir uns kennenlernen, desto deutlicher spüren wir, wo wir uns fremd werden.“

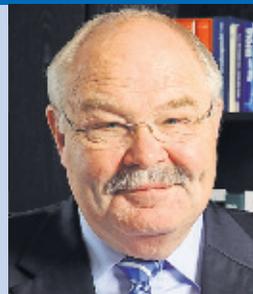
Martin Schuck

## Freunde suchen Freunde

**Einladung zur Mitgliedschaft.** Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

**Ihre Vorteile als Mitglied:** > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex und Informationen über weitere Veröffentlichungen.



Werner Simon, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied:  
Rufen Sie uns einfach an,  
wir senden Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen,  
Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30,  
oder senden Sie uns eine E-Mail: [info@eapfalz.de](mailto:info@eapfalz.de).  
Oder schreiben Sie uns kurz:  
Evangelische Akademie der Pfalz,  
Luitpoldstr. 10, 76829 Landau

  
GESELLSCHAFT DER FREUNDE  
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE  
DER PFALZ E.V.

# AUS DEM AKADEMIEPROGRAMM

Stand November 2018

## Veranstaltungsreihen

### Christen und Muslime lesen Bibel und Koran

In Kooperation mit dem Christlich-islamischen Gesprächskreis Ludwigshafen und der Citykirche Ludwigshafen.

4. Dezember 2018, 19 Uhr,  
Union türkischer Gemeinden RP-BW e.V., Ludwigshafen.

#### Die Hölle in den Heiligen Schriften

In die Texte führen ein: Susanne Schramm und N.N.

15. Januar 2018, 19 Uhr,  
Gemeindehaus der Matthäuskirche, Ludwigshafen.

#### Das Paradies in den Heiligen Schriften

In die Texte führen ein: Dr. Elhadi Essabah und Dr. Georg Wenz

### Landauer Akademiegespräche 2018/2019: Entzauberte Eliten?

In Kooperation mit dem Frank-Loeb-Institut an der Universität Koblenz-Landau und der Stadt Landau.

12. Dezember 2018, 19 Uhr, Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Landau.

#### Wirtschaftskapitäne

Mit dem Manager und Autor Thomas Middelhoff  
und Prof. Dr. Michael Hartmann

10. Januar 2019, 19 Uhr, Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Landau.

#### Machthaber

Mit Bundesministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger  
und Prof. Dr. Ursula Hofmann-Lange

12. Februar 2019, 19 Uhr, Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Landau.

#### Moralprediger

Mit Abtprimas Emeritus Dr. Notker Wolf  
und Prof. Dr. Eike Bohlken

## Tagungen

29. November bis 1. Dezember 2018, Butenschoen-Haus, Landau

### Gedenktage im Schatten des Populismus

Ziel der Konferenz ist es, beispielhaft an Gedenktagen auszuloten, inwiefern und in welcher Weise Populismus Einfluss nimmt auf die Geschichtspolitik der jeweiligen Länder. In Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, der Universität Opole (Polen) und der Universität Olomuc (Tschechische Republik).

6. und 7. Dezember 2018, Butenschoen-Haus, Landau

### Erinnerungsräume – Lernräume – Friedensräume

Zu Gast sind unter anderem die Historikerin Elisabeth Rau und der Friedens- und Konfliktforscher Timothy Williams. In Zusammenarbeit mit der Friedensakademie Rheinland-Pfalz.

25. und 26. Januar 2018, Butenschoen-Haus, Landau

### Resonanz und Widerspruch – Karl Barth und die Pfalz

Der gesellschaftspolitische Einfluss des Protestantismus in Deutschland ist ohne Karl Barth gar nicht zu denken. Welche Spuren hat er in der Pfalz hinterlassen? Bleibt er auch im 21. Jahrhundert der maßgebliche Kirchenvater des Protestantismus? In Kooperation mit dem Verein für Pfälzische Kirchengeschichte und der Universität Koblenz-Landau.

29. bis 31. März 2019, Martin-Butzer-Haus, Bad Dürkheim

### Mit Waffen handeln – mit Werten handeln?

Welche Regeln gelten für den Handel mit Rüstungsgütern? Ist Waffenhandel ethisch vertretbar oder in manchen Fällen sogar geboten? Und was hat Frieden mit Waffen zu tun? Ein Workshop der Jungen Akademie im Rahmen des Zertifikats Wirtschaft und Ethik. Für Jugendliche und junge Erwachsene von 15 bis 26 Jahren.

12. bis 14. April 2019, Jugendherberge Koblenz

### Zukunft der Arbeit

Globalisierung, Automatisierung und Digitalisierung wirken sich zunehmend auf die Arbeitswelt auf. Welche Auswirkungen der Wandel von Arbeit mit sich bringt und wie die Zukunft der Arbeit aussehen könnte, sind die zentralen Fragen dieses Workshops. Ein Workshop der Jungen Akademie im Rahmen des Zertifikats Wirtschaft und Ethik. Für Jugendliche und junge Erwachsene von 15 bis 26 Jahren.

17. und 18. Mai 2019, Butenschoen-Haus, Landau

### Antisemitismus – Alter Hass in neuem Gewand

In Kooperation mit den landeskirchlichen Arbeitskreisen für Islamfragen und Kirche und Judentum sowie dem Europäischen Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung, im Rahmen des Projekts „Antisemitismus und Protestantismus. Verstrickungen, Beiträge, Lernprozesse“ der Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) e.V.

5. und 6. Juni 2019, Butenschoen-Haus, Landau,  
Auftaktveranstaltung auf dem Hambacher Schloss

### Südwestdeutsche Medientage 2019: Medien || Kontrolle

Welche Kontrolle brauchen „die Medien“, ohne dass es zu Einschränkungen der Pressefreiheit oder zur Zensur kommt? Und wer ist in Zeiten beschleunigter Nachrichtenzyklen und digitaler Plattformen in der Lage, Regeln für die Branche aufzustellen und zu überwachen? In Kooperation mit: SWR, SR, Universität Koblenz-Landau, DJV RLP, Universität des Saarlandes. Gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz.

E-Mail: [info@eapfalz.de](mailto:info@eapfalz.de) > [www.eapfalz.de](http://www.eapfalz.de)

## WAS WOLLEN SIE WISSEN?

**So kommen Sie an mehr Informationen:** Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post senden: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter [www.eapfalz.de](http://www.eapfalz.de)

Vorname  Name

E-Mail  Beruf

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Tel. privat  Tel. dienstlich